

PdA Bern verlangt rasche Einführung des Ausländer-Stimmrechts

Pressemitteilung der PdA Bern

Mit einer Aktion am ersten Sessionstag erinnert die PdA Bern den neu gewählten Grossen Rat daran, dass noch immer 13% der Kantonsbevölkerung ohne parlamentarische Vertretung sind. Dies entspräche 20 Sitzen im neuen Grossen Rat. Vorenthalten werden sie den Bewohnerinnen und Bewohnern des Kantons Bern ohne Schweizer Pass.

Am 16. Juni 2003 hat der alte Grosse Rat des Kantons Bern den Regierungsrat beauftragt, eine Vorlage zur Einführung des fakultativen kommunalen Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer auszuarbeiten. Am 18. April 2005 hat der gleiche Grosse Rat beschlossen, auf die ihm vorgelegte Vorlage gar nicht erst einzutreten.

Die PdA Bern verlangt vom neuen Grossen Rat, den Fehler des alten Parlaments zu korrigieren und die Vorlage des Regierungsrates materiell zu behandeln. Zumindest schon aus Gründen der Gemeindeautonomie muss die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer denjenigen Gemeinden ermöglicht werden, die das seit vielen Jahren fordern. Zu diesen Gemeinden gehören neben zahlreichen kleineren Gemeinden insbesondere die Städte Bern, Biel und Moutier.

Dabei kann das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer in Gemeindeangelegenheiten nur ein erster Schritt zu umfassenden politischen Rechten sein. Der Ausschluss eines grossen Teils der Bevölkerung von der politischen Mitbestimmung ist nämlich auf keiner staatlichen Ebene vereinbar mit demokratischen Grundsätzen.

Ein Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer in kommunalen, teilweise auch in kantonalen Angelegenheiten kennen zurzeit die Kantone Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg und Waadt sowie Appenzell-Ausserrhoden und Graubünden. Im Kanton Bern sind Ausländerinnen und Ausländer heute wenigstens in den Kirchgemeinden stimm- und wahlberechtigt.